

FDP fordert besseres „Erasmus für Azubis“ – Auszubildenden eine echte Europaperspektive geben

Der Binnenmarkt ist ein zentraler Anker der Europäischen Union (EU). Grenzenloser Handel schafft unkomplizierten Austausch von Waren und Personen. Im Bereich der Bildung erfüllt die ERASMUS-Förderung eine ähnliche Funktion. Dieses Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen besteht seit gut 35 Jahren. Es fördert die Mobilität von Studierenden, jungen Erwachsenen, Dozenten und ausländischem Unternehmenspersonal. Das Gesamtbudget für die EU-Haushaltsperiode 2021 bis 2027 beträgt ca. 26 Milliarden Euro.

Erasmus gilt heute als eine der großen EU-Errungenschaften. Schon deutlich über drei Millionen Studierende haben es in Anspruch genommen. „Kein anderes Förderprogramm ermögliche so vielen jungen Menschen europäische Auslandserfahrungen im Rahmen von Studienaufenthalten, Ausbildungsabschnitten und Praktika,“ stellt die FDP-Bundestagsfraktion fest¹.

Zwar werden auch Auszubildende gefördert. Aber in der Realität wirkt Erasmus weit überwiegend für Akademiker. Deshalb schlägt die FDP vor, die Komponente „Erasmus+ für Auszubildende“ deutlich weiterzuentwickeln. Die Inanspruchnahme soll unabhängig von der finanziellen Lage der Person oder Erziehungsberechtigten bestehen.

Die FDP schlägt vor, der Europäische Rat möge auf EU-Ebene eine zentrale Anlaufstelle schaffen, die Aufenthalte von Auszubildenden in Ländern des Staatenverbundes vermittelt, organisiert und begleitet. Diese zentrale Stelle könnte mit den nationalen bzw. regionalen Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern oder ähnlichen Institutionen sowie Berufsverbänden verbunden sein, mit diesen in engem Austausch stehen und mit ihnen zusammenarbeiten. Hilfreich wäre eine europaweite „Erasmus+-Tauschbörse für Azubis“.

Dass Berufsausbildung national unterschiedlich geregelt ist, darf kein Hinderungsgrund bei der Definition von Leistungen und Anspruchsberechtigten sein.

¹ <https://www.bundestag.de/presse/hib/685396-685396>

Ziel der Maßnahmen soll die Förderung von Verständigung zwischen Europäern, das Kennenlernen anderer Menschen und fremder Kulturen, aber auch der Erwerb von Sprachfertigkeiten im Gastland sein, damit sich nicht nur Europäer mit akademischem Bildungsgrad besser austauschen können.

Generell muss ein Auslandsaufenthalt kostenfrei gewährt werden, etwa dadurch, dass europäische Betriebe ihre Azubis untereinander austauschen. Bei längeren Auslandsaufenthalten, etwa von sechs bis zwölf Monaten, könnte die Chance geschaffen werden, Leistungsnachweise zu erbringen, die auf die Berufsausbildung angerechnet werden.

Denkbar sind zudem eine Art Azubi Summer University oder Summer Apprenticeships. Dabei könnten größere Gruppen von Azubis verschiedener Länder für einen begrenzten Zeitraum zu Besuch kommen, in Betrieben mitarbeiten und an einem Programm zum Kennenlernen der Arbeit, der Kultur und der Menschen im Gastland teilnehmen. Dafür könnten Betriebe als Sponsoren gewonnen werden.

In Anlehnung an das FDP-Wahlprogramm 2021, das u.a. ein Erasmus für Schülerinnen und Schüler, für Lehrkräfte sowie für Soldatinnen und Soldaten vorschlägt, sollte wenigstens jeder fünfte Auszubildende (Azubi) aus Deutschland im Rahmen seiner beruflichen Entwicklung einen Auslandsaufenthalt absolvieren können.